



E-Mail: raphael.noser@gruene.ch

Eidgenössisches Departement des
Innern EDI
Bundesamt für Gesundheit BAG
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
gever@bag.admin.ch

31. August 2020

Bundesgesetz über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage zu äussern.

Der Pseudowettbewerb, in welchem sich die Krankenkassen im Bereich der OKP befinden, ist nicht nur ökonomisch unsinnig, er stellt aufgrund der unerwünschten Telefonwerbung und Kundenakquise auch ein grosses Ärgernis für die Versicherten dar. Obwohl dieses Problem Politik und Öffentlichkeit seit langem beschäftigt, wurden griffige Lösungen bislang immer verhindert.

Vor diesem Hintergrund begrüssen die GRÜNEN zwar, dass endlich erste Schritte zur Eindämmung der Versicherungsvermittlertätigkeit unternommen werden sollen. Gleichzeitig bedauern die GRÜNEN das zögerliche und mutlose Vorgehen des Bundesrates, welcher sich auf eine freiwillige Branchenvereinbarung und somit auf eine Selbstregulierung der Versicherer abstützt. Es wäre stattdessen Aufgabe der Politik, den Krankenkassen mindestens im Bereich der OKP enge Grenzen zu setzen. Dazu gehören nach Ansicht der GRÜNEN ein umfassendes Verbot der Versicherungsvermittlertätigkeit, mindestens aber ein Verbot von Provisionen und Kaltakquisen im Bereich der OKP: Das Abwerben von Kund*innen im Bereich der OKP ist für die Versicherten nicht nur lästig, sondern es bläht gleichzeitig die Verwaltungskosten der Versicherer auf und stellt eine unnütze Geldverschwendung zulasten der Prämienzahler*innen dar. **Die GRÜNEN fordern den Bundesrat darum dazu auf, Provisionen und Kaltakquisen im Bereich der OKP grundsätzlich zu verbieten. Die Abstützung auf eine freiwillige Branchenlösung, wie dies die vorliegende Vorlage vorsieht, reicht bei weitem nicht aus.** Mittelfristig sollte die Politik endlich Schritte unternehmen, um öffentliche Einheitskassen im Bereich der Grundversicherung zu ermöglichen und voranzutreiben.

Darüber hinaus weisen die GRÜNEN darauf hin, dass Sie die Sanktionsbestimmungen des vorliegenden Gesetzesentwurfes sowie die Definition der Vermittlertätigkeit, welche insbesondere auch internes für die Kundengewinnung eingesetztes Personal miteinschliesst, positiv bewerten. Letzteres ist ein effizientes Mittel, um ein Umgehen der neuen Regeln durch ein «Insourcing» zu verhindern, die Kosten für die Gewinnung neuer Versicherter zu beschränken und eine Bevorteilung grosser Krankenversicherer zu vermeiden. **An der umfassenden Definition der Vermittlertätigkeit ist folglich zwingend festzuhalten.**

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und bitten Sie, die Vorlage entsprechend anzupassen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Balthasar Glättli

Präsident



Raphael Noser

Fachsekretär

grüne / les verts / i verdi

waisenhausplatz 21 . 3011 bern . schweiz